

Für einen solidarischen Staat

Autor(en): **Sigg, Oswald**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **107 (2013)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-390446>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sagen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sowie die Kantone mehrheitlich Ja zur Initiative, so werden Bundesrat und Bundesversammlung die Modalitäten des Grundeinkommens – vor allem dessen Höhe und Finanzierung – in einem referendumsfähigen Bundesgesetz vorzulegen haben.

Also: Das ist für einmal eine Initiative, die nur gerade eine Abstimmung zur Folge haben wird. Am Abstimmungssonntagabend wird in jedem Fall der Bundesrat der Gewinner sein. Bei einem Nein kann er zur Tagesordnung übergehen und braucht nur die nächste Grundeinkommensinitiative abzuwarten. Bei einem Ja hingegen wird er Parlament und Volk einen Vorschlag zur Realisierung des Grundeinkommens unterbreiten müssen.

Allerdings: Bereits heute ist das öffentliche Interesse an der Idee des Grundeinkommens sehr gross. Sonst wäre es dem kleinen Initiativkomitee unmöglich gewesen, mithilfe von vielen spontanen HelferInnen die über 100 000 Unterschriften innerhalb Jahresfrist zusammenzubringen.

Faszinosum Volksinitiative

Seit bald fünfzig Jahren bin ich fasziniert vom Instrument der Volksinitiative, mit dem alle Einwohnerinnen und Einwohner aktiv in die Politik eingreifen können. Ja, wirklich: nicht einfach nur Schweizer BürgerInnen! Für die Grundeinkommens-Initiative gehen sogar hier wohnhafte Deutsche, Französinnen und Italiener auf die Strasse, um Unterschriften zu sammeln. Es handelt sich um das kreativste politische Tun, das man sich denken kann und das nur die direkte Demokratie möglich macht.

«Möchten sie hier unterschreiben, damit wir über das bedingungslose Grundeinkommen abstimmen können?» So lautet die Standard-Eröffnung auf Strassen, vor Wohnungstüren und Abstimmungslokalen.

«Sind sie noch bei Trost?», lautet nicht

Für einen solidarischen Staat

Mit der Volksinitiative für das bedingungslose Grundeinkommen stellen die InitiantInnen die Frage, ob in der Schweiz dereinst das Recht auf ein Grundeinkommen für alle gelten soll. Die Initiative stellt grundsätzliche sozialpolitische Fragen.

selten die Gegenfrage gestandener Stimmbürger. Ältere Frauen entgegnet manchmal zuerst: «Schon die Jungen sollen einfach Geld bekommen? Aber wir haben auch das Leben lang arbeiten müssen und das war nicht nur schlecht.»

Am Abstimmungssonntagmorgen im Berner Schulhaus Brunnmatt sagt der erste Bürger, den ich auf die Initiative anspreche: «Ihnen unterschreibe ich gar nichts. Sie haben vorhin mit dem Velo bei rot die Strasse überquert.»

Die klassische Reaktion lautet aber in etwa: «Was, 2500 Franken monatlich, einfach so, ohne zu arbeiten?»

Auf meine eher ungelente Antwort: «Viele können nicht arbeiten, andere haben keine Arbeit», folgt dann der Hammer: «Ja, und die Ausländer und die sogenannten Flüchtlinge, die erhalten es alle auch?»

In Bümpliz vor dem Stimmlokal Bienzstube hält mir ein währschafter Bürger einen viertelstündigen Exkurs über die AusländerInnen in der Schweiz. Er lässt sich nicht unterbrechen. Währenddessen gehen zehn Stimmbürgerinnen an uns vorbei zur Urne, und von denen hätte ich gewettet, dass sie ohne Weiteres unterschrieben hätten.

Die überzeugendste Reaktion – übrigens von einem ehemaligen Beamten aus dem Bundesamt für Sozialversicherung – war: «Bedingungsloses Grundeinkommen: Da bin ich total dagegen, aber ich unterschreibe, weil die Initiative eine notwendige Diskussion auslöst.»

Das ist das Ziel des Volksbegehrens. Das Initiieren, das Animieren einer gesellschaftlich notwendigen Diskussion über Arbeit, Einkommen, über Reichtum und Armut, über eine egoistische oder eine gerechtere, über eine kapitalistische oder eine solidarischere Gesellschaft.

Wir sollten nicht alle, aber viele Initiativen unterschreiben, selbst wenn wir mit ihrer Idee nicht einig gehen. Warum? Am Abstimmungssonntagabend, als die Minarettverbots-Initiative un-

erwartet deutlich angenommen wurde, sah und hörte man in der ARD-Tageschau einen jungen Reporter einem älteren Mann in leicht verächtlichem Tonfall die Frage stellen, was er denn vom Entscheid der Eidgenossen halte. Er bekam folgende Antwort: «Auf solch eine Abstimmungsfrage möchte ich auch einmal antworten dürfen.»

Demokratie statt Kapitalismus

Die Antwort bedeutet wohl: Da passiert etwas Politisches mitten in Europa, und weil es in der Schweiz geschieht, betrifft es uns – leider – nicht. Der ältere Mann aus München meinte wohl auch lakonisch: Wir möchten auch abstimmen können über gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Fragen. Alle paar Jahre nur das Parlament wählen zu können, das genügt vielen EuropäerInnen schon lange nicht mehr. Man will heute mehr direkte Demokratie à la Suisse. Wir SchweizerInnen hingegen sind uns unserer privilegierten politischen Kultur oft gar nicht bewusst.

Werfen wir einen Blick auf das Europa, zu dem wir nicht gehören wollen. Jürgen Habermas hat kürzlich innerhalb einer Diskussion über die Zukunft Europas einen geschichtlichen Abriss der kritischen Entwicklung der EU publiziert, unter Verwendung von Gedanken von Wolfgang Streeck.

Im Nachkriegseuropa – so stellen die beiden Soziologen die hier summarisch wiedergegebene Entwicklung dar – ist bis in die siebziger Jahre ein Sozialstaaten-Regime aufgebaut worden mit Eckwerten wie Vollbeschäftigung, flächendeckende Lohnfindung, Mitbestimmung, breitem öffentlichem Sektor und mit einer Steuerpolitik, die krasse soziale Ungleichheiten verhindert.

Darauf folgen die neoliberalen Reformen: Ungeachtet sozialer Einbrüche werden die Verwertungsbedingungen des Kapitals verbessert, korporatistische Vertragswerke (GAV) unterlaufen oder abgeschafft und die Arbeits-, Güter- und

Dienstleistungsmärkte dereguliert. Die steigenden Inflationsraten der siebziger Jahre werden abgelöst durch die steigende Verschuldung öffentlicher und privater Haushalte. Die Ungleichheit der Einkommen wächst. Die Staatseinnahmen nehmen ab, die Ausgaben steigen. Der Steuerstaat wird zum Schuldenstaat.

Die Politik wird durch die «Märkte» eingeschränkt. Die Staaten retten jene maroden Banken, die sie in den Ruin getrieben haben. Folge: Das herrschende Finanzregime stellt die Staaten und deren Bevölkerungen unter Vormundschaft. Zum Fanal wird der G20-Gipfel von Cannes im November 2011. In «einem Machtkampf zwischen dem Primat des Ökonomischen und dem Primat des Politischen» wird der griechische Präsident Giorgios Papandreou von den EU-Dirigenten gezwungen, auf ein Volksreferendum zu verzichten. Die fiskalische Konsolidierung der EU-Länder entkoppelt die nationalen Parlamente und Öffentlichkeiten von ihren markthörigen Regierungen. Faktisch läuft dies auf einen Umbau des europäischen Staatesystems zu einer Neuverfassung kapitalistischer Demokratie hinaus. Unnötig zu betonen, dass die kapitalistische in etwa das Gegenteil der direkten Demokratie ist.

Zurück zum Grundeinkommen und zu unserer Volksinitiative. Beim Unterschriftensammeln entwickeln sich oft Gespräche, die sich um die Arbeit einerseits und um die soziale Gerechtigkeit andererseits drehen.

Krise der Arbeitsgesellschaft

Zuerst zur Arbeit und damit zur Arbeitsgesellschaft. Ich meine natürlich die europäische Arbeitsgesellschaft und nicht einfach nur die schweizerische. Wir reden ja auch da und dort immer noch von jener anderen Utopie: dass nämlich die Schweiz irgendwann einmal Europa beitrifft. Oder umgekehrt.

In dieser europaweiten Arbeitsgesellschaft gibt es viele Menschen, die viel zu

viel arbeiten. Viele werden krank bei der Arbeit. Druck und Stress am Arbeitsplatz erzeugen Depressionen. Die Depression ist längst die Volkskrankheit Nr. 1 geworden. Allein in der Schweiz sollen psychische Erkrankungen am Arbeitsplatz schon im Jahr 2000 beinahe fünf Milliarden Franken Ausfall- und Behandlungskosten verursacht haben. Dies entspricht heute in der EU weit über 130 Milliarden Euro an Arbeitsausfallkosten.



In der gesamten EU zählt man aber derzeit auch offiziell 24,5 Millionen Arbeitslose.

In dieser Arbeitsgesellschaft inklusive der schweizerischen sind 50 Prozent der geleisteten Arbeitsstunden unbezahlt: Hausarbeit, Familienarbeit, Sozialarbeit, politische Arbeit, kulturelle Arbeit usw.

Diese Tendenzen sind nicht etwa rückläufig. Im Gegenteil: Die sogenannten Produktivitätsfortschritte in der Industrie, der betriebswirtschaftliche Effizienzsteigerungswahn in Unternehmen und Verwaltungen und der durch die Globalisierung geschürte Export von Arbeitsplätzen in die Billiglohnregionen – alles zusammen wird die Lohnarbeitsplätze in Europa weiter abbauen.

Natürlich ist dies sowohl eine Kritik gegenüber der Globalisierung als auch gegenüber dem Umsatz-, Ertrags- und Gewinnwachstum. Und es ist eine Kritik an der typisch schweizerischen Robotermentalität: Überall in der Produktion und in den Dienstleistungen muss der Mensch ersetzbar sein. Überall dort, wo in den sogenannten Wertschöpfungsketten die menschliche Arbeit eliminiert wird, steigt der Gewinn.

Als ich letzthin im SBB-Rail Center in Bern eine Reise nach Paris buchte und es ans Bezahlen ging, wies mich die freundliche Frau darauf hin, dass dieselbe Reise «bequem elektronisch gebucht 5 Prozent billiger zu stehen kommt, als hier am Schalter». Die Absurdität des Vorgangs bei den SBB gleicht einer neuartigen Verlagerung der Dienstleistungen der schweizerischen Post: Hier in der Schweiz werden Poststellen aufgehoben, in Mallorca und auf den Kanarischen Inseln werden gelbe Briefkasten der Schweizer Post montiert.

Was heute nottut, formuliert Michael Hirsch in etwa so: Es geht darum, die Einkommen anders zu verteilen, die beruflichen Kompetenzen, Fähigkeiten und Erfahrungen gezielter einzusetzen und die Lohnarbeitszeiten zu reduzieren. Bei diesem grundsätzlichen Revirement muss auch und gerade das bedingungslose Grundeinkommen eine wesentliche Rolle spielen. Es muss aber in erster Linie eine sozialpolitische Rolle spielen.

Grundeinkommen: ein sozialpolitisches Postulat

Der wichtigste Satz im Initiativtext lautet: «Das Grundeinkommen soll der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen.»

Unser ausgebautes Sozialsystem ist von einer eigenartigen Dunkelziffer geprägt: Viele betroffene Menschen, die sich in einer Notlage befinden, verzichten auf die öffentliche Sozialhilfe. Die bernische Kantonsverfassung regelt zwar, wie die übrigen Kantonsverfassungen ähnlich, die Situation bedürftiger Menschen im Artikel 29: «Jede Person hat bei Notlagen Anspruch auf ein Obdach, auf die für ein menschenwürdiges Leben notwendigen Mittel und auf grundlegende medizinische Versorgung.»

Doch das Recht auf soziale Hilfe unterliegt einer zentralen Bedingung: Die individuelle Notlage muss nachgewiesen werden können. Ein Gesuchsteller

steht von Beginn weg unter einem von der Politik geschürten Generalverdacht: Man misstraut ihm. Der Gang zum Sozialamt ist verbunden mit politischer Verachtung und gesellschaftlicher Skepsis. Traut man sich trotzdem dorthin, wird man Subjekt einer Überwachung durch Amateurdetective, die ohne genügende Rechtsgrundlage SozialhilfebezügerInnen kontrollieren und ausspionieren. Aus dem ersten Betriebsjahresbericht der bernischen Sozialinspektoren sei nur ein einziger Satz wiedergegeben: «Eine Überwachung ist mit grossem Zeitaufwand verbunden, und es braucht meistens mehrere Anläufe, damit das gewünschte Ergebnis erreicht werden kann.»

Die präsidentive Kriminalisierung von SozialhilfebezügerInnen ist wohl der Grund dafür, dass sich gegen 60 Prozent jener notleidenden Menschen, die Anrecht auf Sozialhilfe hätten, gar nicht erst in den Sozialämtern melden. Ob und wie sie leben, das interessiert niemanden. In der Politik weist man höchstens darauf hin, dass man die Bedürftigen nicht zu ihrem Glück zwingen könne – sonst hätten wir ja doppelt so hohe Sozialkosten.

Bis zum Beweis des Gegenteils: Das System des sozialen Ausgleichs funktioniert nur sehr bedingt. Und das allein zeigt schon, wie notwendig ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle ist. Wir wollen einen solidarischen Staat und nicht einen solchen «Sozialstaat». ●

Wortlaut der Initiative

Art. 110a (neu) Bedingungsloses Grundeinkommen

¹ Der Bund sorgt für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens.

² Das Grundeinkommen soll der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen.

³ Das Gesetz regelt insbesondere die Finanzierung und die Höhe des Grundeinkommens.

Oswald Sigg war Vizekanzler und Bundesratssprecher (2005–2009) und ist heute u.a. Stftungsrat der Stiftung Öffentlichkeit und Gesellschaft. Er ist Ko-Redaktor von Hälfte/Moitié, dem unabhängigen Medienst zu Arbeit und zu Erwerbslosigkeit. www.haelfte.ch oswaldsigg144@gmail.com